Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher: Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 538. **Donnerstag** den 22. Oktober 1903. **97. Jahrgang.**

Der Zusammentritt des französischen Parlaments.

Paris, 18. Oktober.

Der Ministerpräsident hat schon in Clermont-Ferrand den Arbeitsplan für die Wintertagung der beiden französischen Kammern bekannt gegeben — so wie sich die Regierung ihn ausgedacht hat. Heute wird von allen Seiten, besonders von den maßgebenden Pressestellen des Bloc der Regierungspartei, bestätigt, daß die Mehrheit der Kammer mit den Wünschen des Herrn Konseilspräsidenten in diesem Punkte wenigstens übereinstimmt. Um dem groben Unfuge der Verschleppung der Budgetberatungen vorzubeugen, soll streng daran festgehalten werden, daß bis zum Jahresschlusse der Staatsetat vor allen Stürmen in Sicherheit gebracht und der lahme Notbehelf der provisorischen Zwölftel diesmal ganz bestimmt unnötig wird. Den guten Willen hierzu hat man auch in früheren Jahren schon gezeigt, ohne ihn aber durchführen zu können. Möglich, daß in diesem Winter gelingt, was bisher unerreichbar schien; die ganze Ordnung der französischen Staatsgeschäfte könnte dadurch nur gewinnen, was doch eigentlich im Interesse aller Parteien liegen müßte. Bekanntlich liegen hier aber die Dinge so, daß die Opposition nicht die geringste Lust hat, der Regierungspartei die Verwaltung der republikanischen Maschinerie zu erleichtern, sondern im Gegenteil bestrebt ist, ihr das Leben so schwer wie möglich und die gesetzgeberische Arbeit so gut wie unmöglich zu machen.

Aber Herr Combes hat diesmal Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Ruhestörern das Handwerk zu legen. Die Sintflut von Interpellationen, mit der die Gegner des Kabinetts Herrn Combes und die Seinen zu ersticken drohen, soll aus einem tobenden Meer in ein schmales, stilles Bächlein geleitet werden. Und die Regierung hat sich das so gedacht: Nach dem offiziellen Anfange der außerordentlichen Tagung am 20. Oktober sollen die ersten zwei oder drei Sitzungen der Besprechung der dringendsten Interpellationen eingeräumt werden. Um den Stier bei den Hörnern zu packen, sollen vor allem die sämtlichen Interpellationen, die sich auf die Kongreganisten beziehen, in einer einzigen Generalberatung mit einem Hiebe erledigt werden; damit hofft Herr Combes, sich dann den Weg vor allen Ueberraschungen — bis Neujahr wenigstens — freigelegt zu haben. Alle übrigen Interpellationen sollen an einem bestimmten Tage in jeder Woche und in einer Reihenfolge, die noch festzusetzen ist, durchberaten werden. Im übrigen soll streng daran festgehalten werden, daß das ganze Budget ohne Störung hinter einander durchberaten wird. Bekanntlich soll dann endlich das Gesetz über die zweijährige Militärdienstzeit an die Kammer kommen, das den Senat schon längst beschäftigt und das ganze Land schon seit drei Jahren aufgeregt hat. Bekannt ist auch, daß der Senat inzwischen einige sozialpolitische Gesetze, so das über die Unterstützung der Greise usw., vornehmen soll.

Soweit klingt alles sehr schön und so sachlich geschäftsmäßig, daß man das französische Parlament kaum wiedererkennt. Wir fürchten, das Palais Bourbon wird aber diesem klugen Plane nicht ganz treu bleiben, und zwar scheint es fast so, als ob die drohendsten Gewitterwolken für das Ministerium gar nicht einmal von rechts, sondern von links aufziehen würden. Wir haben schon früher an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß bei dem radikalen Winde, der heute in Frankreich weht und der sein Schifflein imer weiter nach links treibt, die Gegner des Ministeriums darauf hinarbeiten müßten, die äußerste Linke vom Bloc abzusprengen und so die Regierung zwischen zwei Feuer zu bringen. Unter Waldeck-Rousseau hat man das schon mehrfach versucht und die stärksten Erschütterungen, denen das frühere Kabinett ausgesetzt war, traten an solchen kritischen Tagen ein. Herrn Waldecks Geheimnis bei seinen Erfolgen war die Klugheit, mit der er die äußerste Linke lahm legte, d. h. an seinen Wagen kettete, wodurch er es erreichte, daß er nicht, wie seine Vorgänger, einen Krieg mit zwei Fronten zu führen brauchte, sondern in einer geschlossenen Phalanx mit dem Rufe „republikanische Verteidigung" gegen alle Gegner von rechts aufmarschieren konnte. Herr Combes, der die Aeußerlichkeiten des ehemaligen Advokaten Waldeck nachahmte, ohne sein staatsmännisches Talent zu haben, übernahm die Staatsgeschäfte in dem Augenblicke, als selbst Herrn Waldeck bange zu werden begann, ob sein System nicht doch ein Loch habe, ob nicht der Präsident, der sich ganz auf den äußersten Radikalismus stützte, allmählich notgedrungen aus einem Schiebenden ein Geschobener werden würde. Ihm wurde bange vor den Geistern, die er gerufen, und er überließ die undankbare Aufgabe, sie wieder los zu werden, dem Exabbé Herrn Combes.

Diesen plagten weder Skrupel, noch Zweifel und er ist auf der schiefen Ebene nach der äußersten Linken erst langsam und dann schneller und immer schneller hinabgeglitten. Jetzt ist er in Wahrheit, was er allerdings bestreitet, ein Gefangener der Sozialdemokratie. Er ist ein Werkzeug in der Hand des Herrn Jaurès, des heimlichen Kaisers im Parlament. Vor wenigen Monaten widerstrebte er noch den radikalsten Vorschlägen der ungestüm andrängenden Jakobiner. Heute kann er's nicht mehr. Er muß Ordre parieren oder er „fliegt hinaus", d. h. aus dem Präsidentensessel. Die Wünsche der roten Ultras werden immer maßloser, und es fragt sich, ob nicht der Punkt erreicht werden wird, wo selbst Herr Combes es nicht mehr mit seiner staatsmännischen Verantwortung für vereinbar hält, um den Preis der Präsidentschaft die Republik der zügellosesten Demokratie auszuliefern. Hier kann die Opposition einsetzen, denn auf dem radikalsozialistischen Parteitage und in der Presse des Bloc sind Gesetzesvorschläge befürwortet, denen Herr Combes und sein Ministerium unter keinen Umständen zustimmen kann. Den Herren in Marseille ist Herr Combes viel zu zahm. Nicht nur die Freiheit des Unterrichts in der Elementarschule soll vernichtet und der Unterricht monopolisiert werden, sondern überhaupt jeder Unterricht, auch der gelehrte, soll Staatsuniform erhalten. So will es Herr Lintilhac, und Herr Lintilhac ist für die waschechten Radikalen schon längst weit mehr, als Herr Combes, der seine Schuldigkeit getan hat und durch eine noch schneidigere Kraft zu ersetzen ist.

Böse Stunden stehen auch der Regierung im Senat bevor, wo Herr Bérand endlich seine Interpellation wegen der „Brüder von der christlichen Doktrin" anbringen will. Bekanntlich hat die Regierung diese Kongregation als einzige von allen bestehen lassen, und das will Herrn Bérand nicht in den Sinn. Herr Bérand ist in der Tat konsequenter; denn es ist kein Grund abzusehen, diese Gesellschaft, die 1 300 000 Schüler unterrichtet, zu schonen, während alle anderen unterdrückt wurden. Man könnte ja sagen, die Regierung habe sich zu diesem Opportunismus verstanden, weil ihr die Mittel fehlten, die Verweltlichung des Unterrichts auf einmal durchzuführen, und weil sie diese Lehrkräfte, die sich ihr gratis anboten, noch brauchte. Aber das wäre doch ein Armutszeugnis für die stolze Republik, das sie sich selbst unter keinen Umständen ausstellen darf. Auch Herr Bérand will die Monopolisierung des ganzen Unterrichts und da wird es wohl im Senate heiße Köpfe geben.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung bei diesem ganzen gegenwärtigen Kulturkampfe, daß die bürgerlichen Radikalen viel hitziger gegen die kirchlichen Einrichtungen vorgehen als die Sozialisten. So wird sich Herr Combes vor allem gegen Angriffe aus seinem eigenen Lager zu wehren haben. Die „Siècle" scheint mehr und mehr das Sammelbecken zu werden, in dem ehemalige Minister oder solche, die es werden wollen, ihre Vorschläge niederlegen. Jetzt taucht darin Herr de Lanessan, der ehemalige Marineminister, der doch sonst gar kein Intransigenter war, mit bitteren Vorwürfen gegen Combes auf, der sich leiten ließe „statt selbst zu führen. Die Gesandtschaft beim Vatikan soll abgeschafft, das Kultusbudget gestrichen, das Konkordat aufgehoben und die Kirche vom Staate getrennt werden — und zwar: das alles auf einmal und sogleich, und nicht „zu seiner Zeit", wie es Herr Combes will. Das ist nun aber selbst den entschiedenen Republikanern zu bunt, und sie warnen Herrn Combes davor, den bösen Rat dieser Leute zu befolgen und die Republik zu einem Versuchskaninchen für die verrücktesten Experimente staatsmännischer Quacksalberei zu machen.

Ja, was soll Herr Combes nun tun? Folgt er dem Rat der Gemäßigten, so fällt er als Opfer der Ultras, und gibt er diesen nach, so verliert er die Gefolgschaft der Opportunisten. Falls die Radikalen auf ihren extremen Vorschlägen bestehen, was allerdings abzuwarten ist, könnte die beginnende Tagung der Kammer vielleicht doch nicht so glatt für Herrn Combes verlaufen, als er anzunehmen scheint.

F. W.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 21. Oktober. (Sozialdemokratische Verhetzungen und Unwahrheiten.) Daß die Finanzministerkonferenz, die jetzt hier stattfindet, schon längst hätte stattfinden sollen, wird von keiner Seite bestritten werden können. Umsoweniger ist es zu begrüßen, daß sie endlich tagt. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schreibt aber heute: „Die Steuerkonferenz der deutschen Finanzminister ist am Montag in Berlin zusammengetreten . . . Es gilt, neue Mittel zu finden, um die Besitzlosen zu schröpfen". Die Tendenz der Verhetzung kann kaum schamloser zu Tage treten; es ist schwer, ja unmöglich, mit so wenig Worten mehr Wahrheitswidriges zu behaupten. In welchem Verhältnis diejenigen Ausgaben des Reiches, die sozialpolitischen Zwecken dienen, schon heute zu den Gesamtaufwendungen stehen, ist notorisch. Die sozialdemokratische Presse verschweigt es ihren Lesern beharrlich. Bei ihren in das Gewand der Wissenschaftlichkeit sich kleidenden statistischen Untersuchungen über die Belastung der besitzlosen Klassen läßt sie ebenso geflissentlich außer Betracht, was in deutschen Landen durch Erleichterung der Steuerlast nach der Seite der schwächeren Schultern von der Staats- und Gesellschaftsordnung geleistet wird, die Herr Bebel in Grund und Boden ruinieren möchte. Vollständig verschwiegen wird von derselben Seite, wie der Unterricht in den Volksschulen für die „Besitzlosen" so gut wie frei ist. Wohlweislich unterschlagen auch die in der sozialdemokratischen Presse aufgemachten Rechnungen die Belastung, deren Drucke die angeblich besitzlosen Klassen dadurch ausgesetzt werden, daß die sozialdemokratische Partei eine fortlaufende Steuer zur Bestreitung ihrer Wahl- und sonstigen Propaganda erhebt, die ungleich höher ist, als die Summe der Beträge, durch welche Arbeiterfamilien zu den von der sozialdemokratischen Wahlvorsehung auf den Index gesetzten indirekten Abgaben für Reich und Staat herangezogen werden. Die in erster Linie zu Buche schlagenden Ausgaben für die Unterhaltung des Heeres, des Volkes in Waffen, werden von der sozialdemokratischen Presse geflissentlich als kulturellen Zwecken nicht dienende stigmatisiert. Dabei ist unbestreitbar, daß die Ausgaben für Heer und Flotte, welche seit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches gemacht worden sind, wesentlich mit dazu gedient haben, den Frieden zu erhalten und damit die Möglichkeit zu bieten, zahlreichen Arbeiterhänden die Beschäftigung zu geben, die nur der Friede gewährt — Bei den augenblicklichen Beratungen der Finanzminister wird die Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der minder tragfähigen Schultern eine sehr große Rolle spielen. Von einer ebensolchen Fürsorge der sozialdemokratischen Wahlvorsehung ist noch nie etwas bekannt geworden. Daraus folgt, daß die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, die sozialdemokratischen Parteisteuerzahler, nicht zu den Besitzlosen gehören, oder daß die sozialdemokratische Partei mit dem Terrorismus, den sie in anderer Beziehung immer aufs neue betätigt, auch da zu Werke geht, wo es sich um die Befriedigung ihrer eigenen Parteibedürfnisse handelt.

-+- **Berlin**, 21. Oktober. (Alkoholismus und Sozialdemokratie.) Das Organ des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes, der „Abstinente Arbeiter", spricht die Hoffnung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo der sozialdemokratische Parteitag gezwungen wäre, „der Masse Rechnung zu tragen und zu der für das um seine Freiheit ringende Proletariat so überaus wichtigen Frage eine uns befriedigende Stellung zu nehmen." — Von einer politischen Partei die Förderung der Abstinenzbewegung zu erwarten, findet der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" „naiv"; eine solche Erwartung wäre nur dann berechtigt, wenn die sozialdemokratische Partei die Mitgliedschaft von der Abstinenz abhängig machen könnte. Diese Auffassung des Buchdruckerblattes ist eine völlig verkehrte. Ebensogut wie die sozialdemokratische Partei im Namen der Arbeiter und ihrer Interessen die weitestgehenden Forderungen an Staat und Unternehmertum stellt, ebenso wäre sie theoretisch und praktisch in der Lage, die Wahrnehmung eines vitalen Arbeiterinteresses von der Arbeiterschaft selbst zu fordern. Warum die sozialdemokratische Partei sich hierzu nicht versteht, erwähnt das Buchdruckerblatt selbst, indem es hervorhebt, daß „der materiell Interessierten zu viele sind, die gegen die Abstinenzbewegung Sturm laufen." — Unter diese materiell Interessierten zählt naturgemäß in erster Reihe die gewaltige Menge von Gastwirten, Bier- und Branntweinhändlern jeder Art; in zweiter Linie kommen sodann die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Dependenzen in Betracht. Das Buchdruckerblatt schreibt in dieser Hinsicht u. a. sehr zutreffend: „Viele Gewerkschaftshäuser, Zentralherbergen usw. können sich nur dadurch halten, daß sie einen möglichst großen Bierumsatz erzielen und diesen künstlich steigern. Das ganze Restaurationswesen, die qualmigen Gaststuben und Versammlungslokale fordern ja förmlich den Biergenuß heraus. Will man daher praktisch ans Werk gehen, dann muß in den Restaurationslokalitäten der Gewerkschaftshäuser der Trinkzwang aufgehoben werden und das Endziel die Beseitigung alkoholischer Getränke aus diesen Häusern überhaupt sein." — Auch vom „Endziele" der letzteren Art sind wir noch weit entfernt. Wie dringend nötig aber für die Gewerkschaften eine energische Aufklärung ihrer Mitglieder über die Alkoholfrage ist, lehren zwei vom „Abstinenten Arbeiter" mitgeteilte Fälle brutalen Verhaltens gegenüber abstinenten Arbeitern. Der eine Fall betrifft Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die einen organisierten abstinenten Kollegen zur Essenszeit überfielen, ihn an Händen und Füßen festhielten und ihm den Inhalt einer Flasche Bier in den Mund schütteten. Der andere Fall bezieht sich auf einen abstinenten Arbeiter, der nur durch das Dazwischentreten eines besonnenen Mannes vor der Verprügelung durch seine alkoholfreundlichen Arbeitsgenossen bewahrt blieb. Aehnliche Vorkommnisse gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten und müßten sowohl der sogenannten Arbeiterpartei als solcher, wie den „praktisch" wirkenden Gewerkschaften den Kampf gegen den Alkoholismus zur Pflicht machen. Aber die materiell interessierten „Genossen" und die Befürchtung, daß die Bekämpfung des Alkoholismus durch die sozialdemokratische Partei dieser selbst manchen Anhänger abspenstig machen könnte, lassen es zu dem so segensreichen Kampfe nicht kommen.

⊙ **Berlin**, 21. Oktober. (Telegramm.) Bei dem Kaiserpaare waren zur gestrigen Frühstückstafel im Neuen Palais bei Potsdam geladen der Chef des Admiralstabes, der Chef des Marinekabinetts, Generaladjutant v. Plessen, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts und der Vize-Oberzeremonienmeister Baron von dem Knesebeck. Die beiden letzteren Herren waren bei der Audienz des neuernannten badischen Gesandten Grafen v. Berckheim zugegen gewesen. Nach Tische unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen Spaziergang und nahmen den Tee bei der Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein in Bornstedt. Zur Abendtafel waren geladen Oberstallmeister Graf Wedel und Gräfin Frys. Heute morgen unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen Spaziergang. Später hörte der Kaiser die Vorträge des Oberkämmerers Grafen Solms-Baruth, des Chefs des Zivilkabinetts Dr. v. Lucanus und des Ministers Freiherrn v. Hammerstein.

⊙ **Berlin**, 21. Oktober. (Telegramm.) Zum Direktor im Reichsjustizamte an Stelle des zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannten Wirklichen Geheimen Rats Dr. Gutbrod ist der „Köln. Ztg." zufolge der bisherige vortragende Rat im Reichsjustizamte, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat Dr. **Hoffmann** ernannt worden.

— Der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Hitze hat sich, nach der „Germania", von seiner schweren Nervenerkrankung, an welcher er seit etwa einem Jahre gelitten, nun soweit erholt, daß er im beginnenden Wintersemester die Vorlesungen an der Hochschule in Münster wieder aufnehmen wird.

⊙ **Potsdam**, 21. Oktober. (Telegramm.) Heute mittag wurde das von der Stadt vor dem Brandenburger Tor errichtete Standbild Kaiser Friedrichs feierlich enthüllt in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, des Kronprinzen, sämtlicher in Berlin weilender Prinzen und Prinzessinnen, der Zivil- und der Militärbehörden und der Stadtverwaltung. Auf dem Festplatze waren Schulen, Vereine, die Generalität, das Offizierkorps der Garde du Corps und des ersten Garde-Regiments, die Leibeskadron des Garde du Corps und die Leibkompagnie des ersten Garde-Regiments aufgestellt. Bei der letzten waren die fünf jüngeren Prinzen eingetreten. Der Kaiser und die Kaiserin wurden vom Publikum mit Hochrufen begrüßt und nahmen, nachdem der Kaiser die Front der Ehrenkompagnie abgeschritten hatte, unter einem prunkvollen Baldachin Aufstellung. Der Potsdamer Männergesangverein eröffnete die Feier mit dem Gesange einer Hymne. Bürgermeister Vorkastner hielt eine Ansprache; er feierte Kaiser Friedrich, der jahrzehntelang unter den Potsdamern gelebt habe, als ein Vorbild der Tapferkeit, Mannhaftigkeit, Standhaftigkeit, Gottergebenheit und Geduld, als einen Förderer des Kunstgewerbes, der Volksbildung, Jugenderziehung und Mithelfer an der Errichtung des Reiches. Durch dies Brandenburger Tor sei 1871 der Kronprinz nach dem Siege mit den Garden eingezogen. Hier habe ihm die Vaterstadt Potsdam den letzten Scheidegruß auf dem Wege zur Gruft gebracht. Nach der Rede fiel auf einen Wink des Kaisers die Hülle des Denkmals, während die Truppen präsentierten. Der Bürgermeister brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, die Festversammlung sang die Nationalhymne. Der Chor trug sodann das niederländische Dankgebet vor, während Abordnungen Kränze am Denkmal niederlegten. Die Majestäten besichtigten das Denkmal und zogen den Schöpfer Börmel und den Bürgermeister u. a. ins Gespräch. Ein Vorbeimarsch der beiden Truppenabteilungen beschloß die Feier.

* In **Mecklenburg** darf ein gläubiger Christ das Abendmahl nur in seiner Gemeinde genießen; wer aus der Hand eines anderen als des Gemeindegeistlichen das Abendmahl nimmt, „erschleicht" es und macht sich straffällig. Ueber einen solchen Fall wird der „Volks-Zeitung" berichtet: Der Lehrer Rehm in Pampow bei Schwerin lebte mit seinem Schulinspektor, dem Pastor Hübner, in Streit, und war aus diesem Grunde mit seiner Familie zum Abendmahl nach der St. Nikolaikirche in Schwerin gegangen. Der Pastor hatte hiervon Anzeige erstattet. Das großherzogliche Konsistorium verurteilte darauf den Sünder zur Strafversetzung und Tragung der Kosten des Verfahrens; auf die Berufung des Verurteilten erkannte jetzt das Obere Kirchengericht auf 30 ℳ Strafe und Tragung der Hälfte der Kosten.

§ **Aus der Provinz Hannover.** Gelegentlich der Grundsteinlegung zur Bismarcksäule in Hannover finden wir in zwei aufeinanderfolgenden Nummern des welfischen Hauptorgans folgende anmutigen Sätze und Ausdrücke: „Knechtsseelen, die den Fuß küssen, der sie getreten." . . . „dieses Denkmal, das weit schmachvoller, als wie einst die Stange mit dem Geßlerhute, Zeugnis von der servilen Selbsterniedrigung ablegt" . . . „daß eine kleine Minderheit durch jenes uns aufoktroyierte Denkmal unsere niedersächsische Erde schnöde entweiht" . . . „der jetzt nach heidnischem Götzenkult verehrte preußische Staatsmann" . . . „Bismarckrummel" . . . „Klimbim aller Art" . . . „politisches Mellintschauspiel" (das Mellintheater ist das Variététheater von Hannover. Anm. d. Red.). Wir sparen uns jeden Kommentar, denn wir glauben, daß die Albernheit dieser Polemik sich selbst richte.

* **Aus der Ostmark.** Blättermeldungen nehmen Vermerk von einem unlängst ergangenen gemeinschaftlichen Erlaß der preußischen Minister des Innern, der Justiz und der Finanzen. Diesen zufolge haben Ermittelungen ergeben, daß eine große Anzahl von Beamten, sowie Lehrer der einzelnen Ressorts Mitglieder polnischer Volksbanken sind. Da die Stellung dieser Genossenschaften als eines der gefährlichsten Werkzeuge der großpolnischen Propaganda die Zugehörigkeit preußischer Beamten zu ihnen als mit ihren Pflichten völlig unvereinbar erscheinen läßt, so sind die in Frage kommenden Behörden ersucht worden, dafür Sorge zu tragen, daß die ihnen unterstellten Beamten (Lehrer) ihre Beziehungen zu den Volksbanken lösen und neue Beitritte von Beamten nicht erfolgen. Beamten, die ihrer finanziellen Lage nach nicht im stande sind, sofort aus ihnen auszutreten, soll ein angemessener Zeitraum dazu zu lassen sein. Im Bereiche der Ostmarkenzulage würde sich in dieser vielfach die Hülfe zur Lösung der Beziehungen finden lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.